

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

27. Februar 1947

Blatt 249

## Unterernährte Wiener Schuljugend

=====

Der schulärztliche Dienst des Gesundheitsamtes der Stadt Wien hat im letzten Vierteljahr 1946 eine Reihenuntersuchung der schulpflichtigen Wiener Jugend durchgeführt. Untersucht wurden 51.348 Schüler und Schülerinnen der Wiener Volks- und Hauptschulen, also ungefähr die Hälfte der Absolventen der Pflichtschulen Wiens.

Der Bericht hebt hervor, daß ein beträchtlicher Teil der in den Schulen eingeschriebenen Kinder der Schule aus gesundheitlichen oder sozialen Gründen ferngeblieben ist. Unter den sozialen Gründen wird mangelhafte Beschuhung als einer der Hauptgründe angeführt.

Die Untersuchung erstreckte sich auf den allgemeinen Gesundheitszustand der Kinder. Ihr Ergebnis wurde in einer Qualifikation festgehalten, in der auch der Ernährungszustand zum Ausdruck kommt. Als Richtmaß für die Qualifikation galt die Pirquet'sche-Tabelle, nach welcher Unterernährung erst bei einem Mindestuntergewicht von 2 kg angenommen wird. Von den 51.348 untersuchten Schulkindern werden 15.042, das sind 29.3 %, als in einem normalen Ernährungszustand befindlich bezeichnet. 36.306 untersuchte Kinder, das sind 70.7 %, wurden als unterernährt befunden, davon 16.580 Kinder oder 32.3 % als hochgradig unterernährt.

Im Bericht des Gesundheitsamtes wird festgestellt, daß sich das Verhältnis zwischen den drei Ernährungsgruppen gegenüber der im ersten Quartal 1946 vorgenommenen Untersuchung nicht wesentlich verschoben hat, daß sich aber immerhin eine Steigerung des Anteils der Gruppe der hochgradig unterernährten Kinder von 26 % im ersten Quartal 1946 auf 32.3 % im vierten Quartal des gleichen Jahres ergibt. So wie bei früheren Untersuchungen wurde auch diesmal wieder festgestellt, daß die Knaben durchschnittlich schlechter

ernährt waren als die Mädchen. Von gesundheitlichen Schäden infolge Mangel an Vitaminen trat bei den untersuchten Kindern vor allem der Mangel an Vitamin C besonders häufig in Erscheinung.

Der Bericht bietet aber auch sonst manche interessante Einblicke. Er zeigt, daß selbst in unserer Zeit schlechtesten Ernährungslage die soziale Zugehörigkeit eine Rolle spielt. Während z.B. nur 5 % der Schulkinder des Bezirkes Margareten einen normalen Ernährungszustand aufweisen, befinden sich im 18. Bezirk 46 %, im 14. Bezirk 55 % und im 13. Bezirk sogar 64 % der untersuchten Schulkinder in einem normalen Ernährungszustand. Dagegen sind im 21. Bezirk 77 %, im 17. Bezirk 78 %, im 20. Bezirk 80 % und im 16. Bezirk sogar 90 % der untersuchten Schulkinder unterernährt. Als hochgradig unterernährt wurden in Floridsdorf 32 %, in Favoriten 35 %, in Hernals 50 % und in Margareten sogar 58 % der untersuchten Schulkinder befunden.

Diese letzte Untersuchung von mehr als der Hälfte der Wiener Schuljugend ergibt also, daß rund 70 % der Wiener Schulkinder unterernährt, die Hälfte davon hochgradig unterernährt und gesundheitlich gefährdet sind. Und dies trotz des mehr als einjährigen verdienstvollen Wirkens der ausländischen Hilfsaktionen! Wie wäre der Gesundheits- und Ernährungszustand der Wiener Jugend erst beschaffen, wenn diese Hilfe nicht gekommen wäre?

### Straßenbenennung

Der Gemeinderatsausschuß III (Kultur und Volksbildung) hat in der Sitzung am 25. Februar 1947 beschlossen, die an der geplanten neuen Grenze zwischen dem XXI. und XXII. Bezirk zwischen der Seebaldgasse und der Eipeldauer Straße liegende und die Fortsetzung der Aderklaaer Straße bildende Verkehrsfläche gleichfalls "Aderklaaer Straße" zu benennen.

Wie bei dieser lautet der Text der Erläuterungstafel:

"Nach der Ortschaft Aderklaa führende Straße".

### Ein Heimkehrertransport aus russischer Kriegsgefangenschaft

Am 24. Februar ist auf dem Nordwestbahnhof ein Transport mit 266 Heimkehrern, darunter 76 Wiener, aus Frankfurt a/d. Oder angekommen.

### Die Schneesäuberung am 27. Februar

Die gestern entstandenen starken Schneeverwehungen bereiteten der Städtischen Straßenreinigung auch heute noch große Schwierigkeiten. Zur Freimachung der Reichsstraßen im 21., 23. und 24. Bezirk wurden 16 Autoschneepflüge eingeteilt. Für die Bekämpfung des Glatteises standen 4 Streuautos zur Verfügung. Die Schneeabfuhr besorgten wieder die Auflademaschine, 47 Lastautos, 204 Pferdefuhrwerke und 1.200 Handkarren. Zusammen mit 1.044 Mann eigenem Personal wurden bei der Städtischen Straßenreinigung heute insgesamt 4.609 Schneearbeiter beschäftigt und zwar 2.052 Freiwillige, 1.360 durch Firmen beigestellte Arbeiter und 153 Notdienstverpflichtete.

Bei den Verkehrsbetrieben konnte am späten Nachmittag des gestrigen Tages die Linie 331 den Verkehr bis Stammersdorf wieder aufnehmen. Infolge der Schneeverwehungen verkehrte die Autobuslinie 19 heute nur bis Breitenlee. Die Frühausfahrt der Straßen-

bahn vollzog sich jedoch ohne Störungen. Den Verkehrsbetrieben standen heute insgesamt 1.041 Schneeschaufler zur Verfügung und zwar 445 eigene Arbeitskräfte, 127 Freiwillige, 369 Arbeiter von Baufirmen und 100 Häftlinge.

#### Wiener Landtag

=====

Der Wiener Landtag trat heute Nachmittag unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Bauer zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung als einziger Gegenstand Ersatzwahlen in den Bundesrat standen, die durch den Tod des Bundesrates Rudolf Kait (ÖVP) und den aus Gesundheitsrücksichten erfolgten Verzicht des Bundesrates Dr. Franz Latzka (ÖVP) erforderlich geworden waren.

Nach einem Nachruf des Präsidenten für Bundesrat Kait wurden über Vorschlag der ÖVP Otto Lehner und Leopold Jochberger in den Bundesrat gewählt.

Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages hielt der Gemeinderat unter dem Vorsitz des Gemeinderates Thaller eine Sitzung ab. Ohne Debatte wurden ein Bestandsvortrag mit den österreichischen Staatseisenbahnen über die Miete von 20 Kohlenrutschen auf dem Wiener Nordbahnhof, der Geschäftsbericht des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für Groß-Wien Süd, für das Geschäftsjahr 1944 und die Finanzierung der Behebung von Kriegsschäden im Wiener Stadion, wofür 296.513.45 Schilling vorgesehen sind und eine Änderung des Pachtvertrages mit der Stadion-Betriebsgesellschaft genehmigt.

Im Einlauf befindet sich ein Dringlichkeitsantrag der GR. Dr. Robetschek, Dr. Hohl und Dr. Freytag (ÖVP), der im Zusammenhang mit der Änderung des Hebesatzes der Lohnsummensteuer behandelt wird und ein Dringlichkeitsantrag der GR. Dr. Soswinsky und Genossen (KPÖ) über die Benützung der von der Sowjetkommandantur beschlagnahmten Möbel der Naziwohnungen.

#### Die Schwierigkeiten der Wiener Verkehrsbetriebe

Vor Eingehen in die Tagesordnung gab der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe für die städtischen Unternehmungen Dr. Exel, (ÖVP) einen Bericht über die katastrophale Verkehrsloge auf den Wiener Städtischen Straßenbahnen. Die trostlose Wettersituation,

insbesondere die katastrophalen Schneeverwehungen, haben eine derartige Zerstörung am motorischen Teil der Triebwagen vor allem bei der Straßenbahn hervorgerufen, daß es unmöglich sein wird, die bisherigen Linien in dem derzeitigen Umfang aufrecht zu erhalten. Bei Schneeverwehungen wie den heutigen waren auch in normalen Zeiten zeitweise Stockungen im Straßenbahnverkehr zu beobachten. Umsomehr ist dies heute der Fall, wo es sozusagen an allem fehlt und es auch in längerer Zeit nahezu unmöglich ist, die notwendigen Reparaturen durchzuführen. Ich stehe nicht an, von dieser Stelle aus, den Bediensteten und Funktionären der Städtischen Straßenbahn meinen ganz besonderen Dank auszusprechen und sie zu versichern, daß nur durch den besonderen Einsatz aller dieser Angestellten und Arbeiter die Aufrechterhaltung des Verkehrs möglich gewesen ist. (Allgemeiner lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Höhepunkt des Niederbruches war der 22. Februar, an welchem Tag 33 Triebwagen ausgefallen sind. Die Wiener Verkehrsbetriebe haben einen Wagenbedarf von 498 Trieb- und 770 Beiwagen schon bei gedrosseltem Verkehr. Tatsächlich sind aber nur mehr 418 Trieb- und 653 Beiwagen vorhanden, was ein Manko von 80 Triebwagen bedeutet. In den letzten Tagen hat eine Reihe von Sitzungen stattgefunden, in denen die verschiedensten Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des Verkehrs besprochen wurden. Nachdem eine Vergrößerung der Intervalle nicht mehr möglich ist, wird eine Anzahl von Linien, darunter die 2er-Linie, eingestellt werden müssen. Besonderer Wert wird auf die Aufrechterhaltung der Radiallinien gelegt, damit die Arbeiter zu und von den Arbeitsplätzen gebracht werden können. In den Reparaturwerkstätten wird Tag und Nacht gearbeitet. Die so notwendigen Ankerwicklungen sind von den verschiedenen dafür in Frage kommenden Unternehmungen versprochen worden, doch wird die Zukunft zeigen, ob diese Versprechungen eingehalten werden können. Von der Leitung und dem Personal der Wiener Verkehrsbetriebe wird alles getan, um über die nächsten vier oder fünf Monate hinwegzukommen und um den Wagenstand wieder aufzufüllen. Das Wagenmaterial, das in den letzten Monaten ausgebessert wurde, ist der Zerstörung durch Witterungseinflüsse wieder anheingefallen.

Am Schlusse seiner Mitteilung bat Stadtrat Dr. Exel die Mitglieder des Gemeinderates, in den Versammlungen der Bevölkerung zu sagen, dass die Wiener Verkehrsbetriebe alles tun werden, um den Verkehr wieder auf einen erträglichen Stand zu bringen.

Zu den Ausführungen von Stadtrat Exel nahm als erster Redner GR. Adelpoller (SPÖ) das Wort. Er erklärte unter anderem: Wir können den Bericht, den Stadtrat Exel gegeben hat, nicht so ohne weiteres zur Kenntnis nehmen, umsomehr als der betreffende Gemeinderatsausschuss vorher nicht einberufen wurde und seine Mitglieder erst durch einen Zeitungsbericht von der Lage der Strassenbahn erfahren haben. Ich kann nur meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, dass der Ausschuss nicht einberufen wurde und wir keine Gelegenheit hatten, dazu fachlich und sachlich Stellung zu nehmen. Ich bin überzeugt, dass die Angestellten und Bediensteten der Verkehrsbetriebe alles getan haben, aber nicht überzeugt bin ich, dass auch die Leitung alle Vorkehrungen getroffen hat, um diese Folgen zu verhüten.

Als nächster Redner sprach GR. Marek (SPÖ). Stadtrat Dr. Exel hat heute sozusagen einen Kommentar zu seiner Pressemitteilung gegeben. Diese Mitteilung hat Empörung und Bestürzung in der Bevölkerung ausgelöst, der man zumutet, zu den vielen anderen auch noch neue Entbehrungen zu tragen. Wir haben gestern gelesen, dass 476 Wagen ausgefallen sind und dass dadurch eine bedeutende Verschlechterung des Verkehrs eingetreten ist. Heute erfahren wir nun, dass der Verkehr nur aufrecht erhalten werden kann, wenn die Rundlinien ausgeschaltet werden. Wir verstehen die unerhörten Schwierigkeiten, die den Verkehrsbetrieben durch die Folgen des Krieges erwachsen sind, ich halte aber diesen Weg, den der Herr Stadtrat eingeschlagen hat, nicht für richtig. Wir verlagern die sofortige Einberufung des Ausschusses, um zu untersuchen, ob tatsächlich alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, um die Bevölkerung vor dieser neuen Belastung zu bewahren. Wir haben gehört, dass die sich steigernden Zusammenbrüche von Wagen die Direktion zwingen, diesen Vorschlag heute im Gemeinderat zu machen, wir wollen aber wissen, ob es wirklich nur auf die Mitarbeit von einigen Grossindustrien ankommt, oder ob nicht die gesamte Elektroindustrie dafür eingesetzt werden kann. Ich möchte bei dieser Gelegenheit fragen, wo hier die sogenannte Privatinitiative bleibt. Wir haben schon in den Sommermonaten darauf

aufmerksam gemacht, dass man auch die Elektroindustrie der Bundesländer für die Verkehrsbetriebe einsetzen soll. Ich bin sicher, dass Herr Stadtrat Exel viel getan hat, um diese Katastrophe zu verhindern, man kann es sich aber nicht so einfach machen, in den Gemeinderat zu gehen und eine dürftige Erklärung abgeben. Wir wünschen, dass der Gemeinderat, der die Verantwortung für alle Funktionen dieser Stadt hat, auch rechtzeitig in Kenntnis gesetzt wird. Herr Stadtrat Dr. Exel hat versucht, heute, wo bereits 476 Strassenbahnwagen ausser Verkehr stehen, den Gemeinderat einfach damit zu beruhigen, das alles unternommen wird, um die Schäden in ein paar Monaten wieder zu reparieren. Wir sind nicht gewillt, einfach dem zuzustimmen, dass die unterernährte Arbeiterschaft in den kommenden Tagen des zu erwartenden Tauwetters mit schlechtem Schuhwerk weite Strecken zum Arbeitsplatz zu Fuss zurücklegen muss. Der Redner ersucht Stadtrat Dr. Exel, seinen Bericht zu ergänzen und zu erklären, was bisher geschehen ist, um diese drohende Verkehrskatastrophe zu verhindern. Man kann sich des peinlichen Gefühls nicht erwehren, dass die Unternehmungen sich von dieser Naturkatastrophe haben überraschen lassen.

G.R. Lauscher (KPÖ). Es ist zwar sicherlich alles Menschenmögliche getan worden, um das eingetretene Verkehrschaos zu verhindern. Es ist aber nicht gelungen das Unheil abzuwenden. Schon in der Budget-Debatte habe der Redner in Bezug auf die Verkehrsverhältnisse darauf hingewiesen, dass letzten Endes die Frage unserer Verkehrsverhältnisse und die Frage unserer städtischen Unternehmungen überhaupt auf engste mit der Wirtschaftspolitik in unserem Lande zusammenhänge. Der Herr Amtsführende Stadtrat hat seinerzeit auch mitgeteilt, dass seine Bemühungen, die Privatindustrie zu gewinnen, um mit ihrer Hilfe rascher die notwendigen Reparaturen durchführen zu können, leider gescheitert sind. Die Privatinitiative hat auf diesem Gebiete versagt. Das Privatkapital sucht sich anscheinend andere Möglichkeiten einer Anlage, die profitversprechender sind. In diesem Zusammenhang stellte der Redner fest, dass wohl die Regierung ein Gesetz beschlossen habe, das vorsieht, unter bestimmten Voraussetzungen Einzelpersonen zur Arbeit zu verpflichten, dass wir aber bis jetzt kein Gesetz haben, das die Grundlage einer wirklichen Wirtschaftsplanung wäre, und daher auch Privatunternehmen verpflichten könnte.

Angesichts dieses Verkehrschaos wäre es Aufgabe der Bundesregierung gewesen, der Hauptstadt zu Hilfe zu kommen und alles zu veranlassen, um eine rasche Reparatur der beschädigten Verkehrsmittel zu gewährleisten.

Der Bericht des amtsführenden Stadtrates ist im besonderen eine schwere Anklage gegen die heute von den verantwortlichen Stellen in unserem Lande betriebene Wirtschaftspolitik. Die Funktionäre der Verkehrsbetriebe sind erst in zweiter Linie verantwortlich. Sie haben das getan, was sie in ihrem Wirkungsbereich tun konnten. Darüber hinaus aber können sie nicht die Wirtschaftspolitik des Landes beeinflussen.

Für Kompetenzstreitigkeiten, ob der Wiener Landtag, bzw. Gemeinderat zur Behandlung derartiger Fragen zuständig ist, hat die Wiener Bevölkerung kein Verständnis. Daher ist die Forderung nach einer grundlegenden Änderung unserer Wirtschaftspolitik eine Frage, die in die Kompetenz des Landtages fällt. Es ist eine Lebensnotwendigkeit, daß der Wiener Gemeinderat viel entschiedener als bisher die Lebensinteressen der Bundeshauptstadt und ihrer Bevölkerung vertritt. Die Art, wie die Wiener Bevölkerung und die Gemeindevertretung über diese Tatsachen informiert wird, ist sonderbar und entspricht durchaus nicht den demokratischen Gepflogenheiten. Es ist leicht zu sagen, die ÖVP sei eine demokratische Partei, aber im Handeln der einzelnen Funktionäre mangelt es manchmal an demokratischem Verständnis. Der Redner fordert abschließend die sofortige Einberufung des zuständigen Gemeinderatsausschusses zur Entgegennahme eines ausführlichen Berichtes des amtsführenden Stadtrates.

GR. Bauer (ÖVP) vertrat die Ansicht, daß die Verkehrskrise längst gemeistert wäre, wenn Anträge und dringliche Anfragen dazu geeignet wären. Es hat aber seit langem keinen so gewaltigen Schneefall gegeben, nach dem die Straßen Wiens so rein gewesen wären wie heuer und auch der Verkehr so funktioniert hat. Es ist natürlich ohne weiteres möglich, daß der zuständige Ausschuß Stellung nimmt, es ist aber nicht anzunehmen, daß der Ausschuß bisher seine Pflicht versäumt hat. Bisher wurde geglaubt, daß durch die Einrichtungen der Generaldirektion Wunder geschehen würden. Leider liegt der Kern des Problems aber wo anders, und zwar dort, daß die Produkte, die in Österreich erzeugt werden, nicht auch der österreichischen Bevölkerung zugeführt werden. Der Wiener Gemeinderat ist leider nicht



zuständig, um solche Fragen zu stellen, es wird aber einmal die Zeit kommen, wo man darüber Auskunft verlangen wird. Die zuständigen Beamten und insbesondere die Generaldirektion, werden einmal Rede und Antwort stehen müssen, ob sie ihre Aufgabenerfüllt haben, die ihnen gestellt waren. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Hummel (SPÖ) gibt ebenfalls der Meinung Ausdruck, dass vom verantwortlichen Stadtrat nicht alles getan wurde, um diese Katastrophe zu verhüten. Er habe im Ausschuss schon im Sommer gefragt, ob mit den völlig leistungsfähigen Elinwerken in der Steiermark Verhandlungen gepflogen wurden. Es wäre die Pflicht des Stadtrates gewesen, alles zu unternehmen, um diese Werke für die Verkehrsbetriebe heranzuziehen, denn wenn die Privatinitiative versagt, so müssen die staatlichen Stellen in Anspruch genommen werden. Es geht nicht darum, Beamte anzuklagen, sondern den einen Mann, der hier dafür verantwortlich ist. Wir müssen Klarheit haben, bevor wir mit solchen Massnahmen an die Öffentlichkeit treten. Es verkehren schliesslich in den anderen Ländern auch die Strassenbahnen. Darum ersuche ich, den Ausschuss raschest einzuberufen, damit die Öffentlichkeit richtig informiert werden kann.

Stadtrat Dr. Exel führte in seinem Schlusswort unter anderem aus: Ich bin jedem meiner verehrten Herren Vorredner für ihre Ausführungen dankbar und werde ihre Anregungen gerne berücksichtigen. Ich sehe nur nicht ein, wie Schneefälle, Zusammenbrüche und Verfassung in einen ursprünglichen Zusammenhang gebracht werden können. Die Einberufung eines Ausschusses ist kein Allheilmittel für motorische Schäden. Ich werde es aber tun, um meinen Mitarbeitern in allen Belangen bis in das kleinste technische Detail die erforderliche Aufklärung zu geben. Ich kann aber nicht versprechen, ob dadurch die Verkehrsmisere verbessert wird. (Bravorufe bei der ÖVP.) Was aber die Sache mit den Wagen betrifft, so muss ich leider darauf hinweisen, dass wir einen völlig heruntergewirtschafteten Betrieb übernommen haben. Ich muss leider gestehen, dass ich zur Überzeugung gekommen bin, dass aus der Dollaranleihe vom Jahre 1927 für die Verkehrsbetriebe nahezu nichts geleistet wurde, dass wir noch immer mit Wagen fahren, die 40 Jahre und älter sind, ja sogar mit Wagen, die aus der seligen Pfordbahnzeit stammen. (Rufe bei der ÖVP: Hört, hört!)

Daß zusammen mit dem nazistischen Raubbau die Zeit gewütet hat, ist selbstverständlich, und es ist unmöglich, in der heutigen Zeit, wo keine Arbeiter, kein Material, ja nicht einmal Arbeitsstätten vorhanden sind, Reparaturen über Nacht durchzuführen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Eine Abstimmung über den Antrag Adelpoller entfällt, da er auf Grund der Anzahl der ihn unterstützenden Stimmen gemäß der Geschäftsordnung durchzuführen ist.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschließt der Gemeinderat, die Beratung des Dringlichkeitsantrages der Gemeinderäte Dr. Robetschek, Dr. Hohl und Dr. Freytag auf Änderung des Absatzes 2 des § 23 des Gewerbesteuergesetzes gemeinsam mit dem zweiten Punkt der Tagesordnung: Änderung des Hebesatzes der Lohnsummensteuer, abzuführen.

Amtsführender Stadtrat Honay (SPÖ) verweist als Berichterstatter darauf, daß die Wiener Finanzverwaltung das Defizit für das Jahr 1946 in Höhe von 36 Millionen Schilling durch verschiedene Einnahmenerhöhungen zu bedecken versucht habe. Dazu habe auch die Erhöhung der Lohnsummensteuer gehört. Sie betrug im Jahre 1946 ein Prozent und sollte auf zwei Prozent der Löhne erhöht werden. Der Bundesminister für Finanzen hat eine Erhöhung in 2 Etappen vorgeschlagen, und zwar zunächst eine Erhöhung von 1, % auf 1,5 % und Anfang 1947 von 1,5 auf 2 %. Im Jänner wurde die Zusage des Finanzministers zu der Erhöhung auf das zweite halbe Prozent mit Wirkung ab 1. Februar erteilt, so daß die Lohnsummensteuer ab diesem Zeitpunkt mit 2 Prozent hätte eingehoben werden können, zumal auch der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau dieser Erhöhung zugestimmt hat.

Die Lohnsummensteuer ist für das Jahr 1947 mit 14 Millionen veranschlagt. Wenn sie für die kommenden 10 Monate auf 2 % erhöht wird, kann nach vorsichtigen Schätzungen mit Mehreinnahmen von ungefähr 4 Millionen Schilling gerechnet werden.

Im Voranschlag wurde als Einnahme aus der Inseratensteuer für das Jahr 1947 eine Betrag von 1 Million Schilling eingestellt, das wäre durchschnittlich für den Monat eine Einnahme von 80.000 Schilling. Im Monat Jänner wurden 120.000 Schilling eingenommen. Es ist also eine ziemlich merkbare Erhöhung zu verzeichnen. Der gleiche Erfolg kann auch bei der Getränkesteuer festgestellt

werden, Auch die Vergnügungssteuer hat im ~~Jänner~~ mehr gebracht, als errechnet wurde. Dies ist aber auf vermehrte Veranstaltungen während des Festschings zurückzuführen. Demgegenüber ist aber leider bei sehr wichtigen Gemeindesteuern, insbesondere bei der Gewerbesteuer, durch den Stillstand von Gewerbe und Industrie ein ziemlicher Einnahmerückgang zu verzeichnen.

Auf der anderen Seite treten aber nicht unwesentliche Ausgabensteigerungen auf. Z.B. wurden im Jahre 1946 für Schneesäuberungsarbeiten 3.755 Schilling ausgegeben, während im Voranschlag für das Jahr 1947 300.000 Schilling eingestellt wurden. Diese Summe ist aber bereits jetzt weit überschritten; es wurden nämlich schon 1.100.000 Schilling ausgegeben. Dazu kommen noch die Ausgaben der Verkehrsbetriebe für Schneesäuberungsarbeiten, sodass bis jetzt von der Gemeinde und den Verkehrsbetrieben rund 2.6 Millionen Schilling aufgewendet werden mussten. Es ist aber festzustellen, dass noch viel Schnee zu entfernen ist und noch zusätzliche Kosten erwachsen werden.

Der harte und lang andauernde Winter und der Ernährungsmangel müssen dazu führen, dass auch unsere Fürsorgeausgaben gewaltig ansteigen werden. Auf diesem Gebiet dürfen keine Kosten gescheut werden. In der letzten Zeit haben auch gewisse Erhöhungen der Bezüge von Angestellten und Arbeitern der Gemeinde zu Mehrausgaben geführt. Ferner muss alles daran gesetzt werden, um wenigstens die im Budget enthaltenen Wiederaufbaupläne restlos zu erfüllen. Es muss in diesem Jahre versucht werden, über diese Planungen hinaus mehr zu leisten.

Der Redner ist überzeugt, dass alle Kreise in dieser Stadt für eine solche Arbeit gerne Opfer bringen werden. Die Vorlage kann wohl mit vollem Recht vertreten werden. Er stellt den Antrag, die Lohnsummensteuer mit Wirksamkeit vom 1. März 1947 von 1.5 auf 2% zu erhöhen.

GR. Dr. Robetschek (ÖVP) erinnerte daran, dass sich der Wiener Gemeinderat nicht zum erstenmal mit der Erhöhung des Hebesatzes der Lohnsummensteuer beschäftigt. Schon im vorigen Jahre war es notwendig, eine Erhöhung von 1 % auf 1.5% durchzuführen. Es ist nunmehr eine neuerliche Erhöhung von 1.5 auf 2% beantragt worden. Die ÖVP hat bereits anlässlich der ersten Erhöhung Bedenken dahingehend geäußert, dass dadurch die Interessen eines Teiles der Bevölkerung einseitig berührt werden.

Im Interesse der Wirtschaft ist es notwendig geworden, die Freigrenze zu erhöhen, weil durch die ständigen Lohnerhöhungen die kleinen Betriebe sonst nicht mehr von der Freigrenze Gebrauch machen können.

GR. Dr. Robetschek verlas sodann einen Dringlichkeitsantrag der ÖVP auf Erhöhung der Freigrenze auf das Doppelte ihres bisherigen Ausmaßes.

GR. Groß (SPÖ) bemerkte, daß das Gewerbe durch die Heraufsetzung der Freigrenze der Lohnsummensteuer nicht gerettet wird. Die Ursachen der tristen Situation im Kleingewerbe sind vielmehr darin zu suchen, daß seit 1945 fast in jeder Branche nichts zu tun ist und das deshalb, weil unsere Werkstätten kein Rohmaterial besitzen und die Regale ausgeplündert sind. Es ist in den Wirtschaftskammern schon versucht worden, die Situation zu verbessern. Es ist aber bisher leider nicht gelungen, und wird so lange nicht gelingen, als gewisse Großindustrien nicht uns beliefern, sondern die Waren anderwärts verschwinden lassen. Wenn wir uns um das Gewerbe annehmen wollen, dann so, daß es auch einen Sinn hat. Meine Fraktion stimmt dem Antrag zu, ich möchte aber bemerken, daß die Aufgabe, dem Gewerbe zu helfen, auf einer ganz anderen Linie liegt.

Stadtrat Honey führte in seinem Schlußwort unter anderem aus: Der Finanzausschuß hat sich mit dem Antrag des GR. Dr. Robetschek beschäftigt und wir sind seiner Meinung. Ich möchte aber doch dem hohen Hause mitteilen, daß in den Städten und Ländern gegen die starke Erhöhung der Freigrenze eine Abneigung besteht, weil die Verhältnisse dort anders liegen als in Wien. Dort ist ein großer Teil der Gewerbetreibenden mit sehr wenig Arbeitskräften beschäftigt und man befürchtet, daß viele Gewerbetreibende aus dieser Steuer herausfallen könnten. Trotzdem werden wir den Herrn Bürgermeister ersuchen, mit dem Bundesfinanzminister deshalb Fühlung zu nehmen. Im übrigen bitte ich Sie, den Antrag anzunehmen.

Dem Antrag wird vom Gemeinderat die Dringlichkeit zuerkannt und GR. Dr. Soswinski führt zu seiner Begründung u.a. aus, daß die Sowjetische Stadtkommandantur von Wien die von ihr als Kriegsbeute beschlagnahmten Möbel und Einrichtungsgegenstände geflüchteter Nationalsozialisten durch eine großzügige Schenkung an die Stadt Wien übertragen und darüber hinaus nun das Nationalsozialistengesetz verfassungsmäßig festgelegt hat, daß dieses Eigentum an öffentliche Gebietskörperschaften übertragen wird, im konkreten Fall der Gemeinde Wien. Nach einer anderen Bestimmung des Nationalsozialistengesetzes haben Personen, denen eine Berechtigung zur Benützung der Möbel erteilt wurde, dies der Gemeindeverwaltung bis zum 3. März 1947 anzuzeigen, und soweit sie die Möbel benötigen, um deren endgültige Zuweisung anzusuchen. In der zu erstattenden Anzeige ist von einer Leihgebühr die Rede, die für die betroffenen Personen, in der überwiegenden Mehrheit Opfer des Faschismus und Ausgebombte, außerordentlich beunruhigend ist. Eine sofortige eindeutige Klärung von Seiten der Wiener Gemeindeverwaltung und Sicherung des Rechtsanspruchs der Geschädigten ohne schwere finanzielle Belastung ist daher dringend notwendig. Aus dieser Benützungsg Gebühr sollen der Gemeinde "ien keine besonderen Einnahmen erwachsen, sondern es sollen nur die Verwaltungskosten gedeckt werden. Bei den 20.000 Familien, die derzeit Möbel aus Naziwohnungen benutzen, würden 100.000 Schilling an Einnahmen hereinkommen, dadurch könnte der Verwaltungsapparat aufrechterhalten werden, der zur Betreuung dieser Angelegenheit notwendig ist.

Stadtrat Albrecht (SPÖ) wies darauf hin, daß er bereits einmal erklärt habe, daß sich die Gemeinde Wien streng an den Text des Gesetzes halten wird, der besagt, daß diese Einrichtungsgegenstände, die hier der Gemeinde Wien gesetzlich vermacht wurden, nur an Opfer des Faschismus oder an Kriegsoffer und Bombenbeschädigte weitergegeben werden. Die Frage des Formulars beantwortet sich dadurch, daß die Kürze der Zeit ein solches Formular bedingt hat. Jeder, der Benutzer war, ist noch nicht verpflichtet, eine Anerkennungsgebühr zu bezahlen; er weiss aber, daß eine solche Gebühr vorgeschrieben werden kann. Diese Gebühr ist im Gesetz zwingend vorgesehen.

Es wird natürlich zu überprüfen sein, ob die Möbel tatsächlich im Besitz von Personen sind, die berechtigten Anspruch darauf erheben können. Es sagen weiters die Übergangsbestimmungen, daß Möbel, soweit sie nicht selbst benötigt werden, an andere bevorzugte Wohnungswerber gegen Vergütung zuzuweisen sind. Für die praktische Anwendung dieses Gesetzes sind noch die Durchführungsbestimmungen des Ministeriums ausständig. Erst dann wird der Gemeinderat darüber zu beschliessen haben, in welcher Art und Form eine derartige Vergütung festzusetzen sein wird.

Stadtrat Albrecht beantragte die Zuweisung des Antrages zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung. Der Gemeinderat beschloss in diesem Sinne. Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Schluss der Sitzung um 19 Uhr.